

**Stadt Karlsruhe** (Hrsg.): Sozialbericht '93 – materiell und sozial benachteiligte Gruppe in Karlsruhe – Daten und Fakten in Karlsruhe sowie Strategien ihrer Bekämpfung. Karlsruhe 1993

**Stadt Karlsruhe** (Hrsg.): Sozialhilfe '94 – ein Beitrag zur handlungsorientierten Sozialberichterstattung. Karlsruhe 1994

**Stadt Karlsruhe** (Hrsg.): Sozialbericht. Karlsruhe 1996

**Stadt Karlsruhe** (Hrsg.): Gesamtkonzept Wohnungslosenhilfe '97. Karlsruhe 1997

**Stadt Karlsruhe** (Hrsg.): Armut von Kindern und Jugendlichen in Karlsruhe. Karlsruhe 1999

**Stadt Karlsruhe** (Hrsg.): Vergleichende Zusammenfassung: Lebenslagen in Deutschland – der erste Armuts- und Reichstumsbericht der Bundesregierung. Karlsruhe 2001

**Stadt Karlsruhe** (Hrsg.): Aktionsprogramm Wohnungslosenhilfe. Karlsruhe 2003

**Stadt Karlsruhe** (Hrsg.): Leitlinien zur Bekämpfung von Kinderarmut. Karlsruhe 2010

**Stadt Karlsruhe**; Liga der freien Wohlfahrtspflege Karlsruhe (Hrsg.): Armutserbericht – Armutsbekämpfungsprogramm. Karlsruhe 2008

**Stimmer**, Franz: Grundlagen des Methodischen Handelns in der sozialen Arbeit. Stuttgart 2006

**Vaskovics**, Laszlo A.: Sozialforschung und Sozialplanung – Der Sozialplan als Instrument der Beteiligung von Sozialforschern an Planungsprozessen. In: Keim, K.-Dieter; Vaskovics, Laszlo (Hrsg.): Wege zur Sozialplanung – Erfahrungen und Chancen in der BRD. Opladen 1985, S. 114-135

**Uhrig**, Winfried; Lenz, Martin: Karlsruher Schriftenreihe „Wohnungssicherung am angespannten Wohnungsmarkt“, Dokumentation der Sachstandsberichte 2003-2007. Göttingen 2009

# DAS EUROPÄISCHE JAHR AUS DER SICHT DER NATIONALEN ARMUTSKONFERENZ | Impulse für die Soziale Arbeit?

**Alexander Dietz, Wolfgang Gern**

**Zusammenfassung** | Die Nationale Armutskonferenz ist ein Zusammenschluss der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, bundesweit tätiger Fachverbände und Selbsthilfeorganisationen, der Kirchen und des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Sie gründete sich im Jahr 1991 als deutsche Sektion des europäischen Armutsnetworks „European Anti Poverty Network“. Ziel der Zusammenarbeit ist es, Armut zu überwinden beziehungsweise die Selbsthilfeansätze der von Armut betroffenen oder bedrohten Menschen zu unterstützen.

**Abstract** | The German Anti Poverty Conference is a consortium of the central welfare organizations, associations working on special issues, self-help organizations, the churches and The Confederation of German Trade Unions. The conference was established in 1991 as German section of the European Anti Poverty Network, a cooperation aimed at reducing poverty by supporting self-help initiatives of people afflicted or threatened by destitution.

**Schlüsselwörter** ► Freie Wohlfahrtspflege  
 ► Selbsthilfeorganisation ► Armut  
 ► Soziale Arbeit ► Nationale Armutskonferenz

**Einleitung** | Die Nationale Armutskonferenz (nak) sieht ihren Auftrag unter anderem darin, einen Beitrag zu einer veränderten Politik zu leisten, damit die Lebenslage armer Menschen verbessert und eine strukturelle Überwindung von Armut bedrohung erreicht wird. Die nak und das Europäische Armutsnetwork (EAPN) hatten sich im Vorfeld über Jahre dafür engagiert, dass das Europäische Parlament und der Europäische Rat das Jahr 2010 zum Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ausrufen. In Deutschland war die nak einer der maßgeblichen Träger der Veranstaltungen im Zuge der Umsetzung.

**Enttäuschung über das Ergebnis des Europäischen Jahres** | Die nak zog im Dezember 2010 ein sehr nüchternes Resümee: „Unser Wunsch, dass sich möglichst viele Politiker, Wirtschaftsvertreter und wichtige Entscheidungsträger prominent in die Debatte über Armutsprävention einmischen und konkret zu einer wirksamen Armutsbekämpfung beitragen, hat sich nicht erfüllt. Auf dieser Ebene hat das Europäische Jahr 2010 wenig bis nichts bewirkt. Die Diskrepanz zwischen schönen Reden und politischem Handeln ist bitter“ (Gern 2010). In einem Brief an Bundessozialministerin Ursula von der Leyen legte die nak eine differenzierte Bilanzierung vor (nak 2010b). Als Teilerfolg wird zwar die Sensibilisierung der Öffentlichkeit durch zahlreiche Aktionen und Veranstaltungen betrachtet. Als verfehlt wird dagegen die sozialpolitische Arbeit der Bundesregierung im Blick auf das Ziel des Europäischen Jahres, Armut und Ausgrenzung durch nachhaltige Maßnahmen zu bekämpfen, bewertet. „Die Frage, mit welcher Absicht sich die Bundesregierung an diesem Jahr beteiligt hat, lässt sich angesichts der Gesetzesentwürfe, durch die sich die Armut und soziale Ausgrenzung in Deutschland zukünftig verschärfen werden, nicht vermeiden. [...] Der politische Wille, Menschen, die von Armut und Ausgrenzung betroffen beziehungsweise davon bedroht sind, Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen und Solidarität zu erleben, ist derzeit nicht spürbar“ (nak 2010a).

**Was fehlt, ist der politische Wille** | Ausgerechnet das Jahr 2010 muss im Blick auf die sozialpolitische Entwicklung in Deutschland als katastrophal bezeichnet werden. Beispielhaft genannt seien die Kürzung des Programms „Soziale Stadt“ um 70 Prozent, die Streichung der Rentenversicherung für Arbeitslosengeld-II-Beziehende sowie des Heizkostenzuschusses für Wohngeldempfänger und -empfängerinnen, sowie natürlich die auch von führenden Politikern und Politikerinnen auf diffamierende Weise geführte sogenannte Hartz-IV-Debatte („Schneeschuppen“, „spätromische Dekadenz“, „Gutscheine statt Anschub des Alkoholkonsums“). Dass die nak diese Diskrepanz zwischen den von der Politik offiziell unterstützten Zielen des Europäischen Jahres und den tatsächlichen politischen Äußerungen und Entscheidungen immer wieder öffentlich thematisiere beziehungsweise die politischen Entscheidungsträger sogar persönlich anschrieb (nak 2010a), zeigte leider keine sichtbare Wirkung.

Auch die Signale der Politik im auf das Europäische Jahr folgenden Jahr 2011 sind alarmierend. So sah sich die nak im Mai 2011 zu einer Stellungnahme genötigt, die den Titel „Deutschland verabschiedet sich vom Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung“ trägt. Darin wird aufgezeigt, dass Deutschland im Zuge der Überarbeitung der Lissabon-Strategie zur neuen EU-Strategie „Europa 2020“ eine Aufweichung der armutspolitischen Gemeinschaftsziele in Form der Ermöglichung einer Reduktion der politischen Bemühungen auf rein beschäftigungspolitische Ziele (Hanesch 2011) durchsetzte. Dies erscheint im Blick auf Armutsbekämpfung als besonders unsachgemäß, wenn man es im Kontext der Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse sowie der geplanten arbeitsmarktpolitischen Instrumentenreform, nach der die Begleitung gerade der Bedürftigsten weitgehend gestrichen wird, betrachtet.

**Die Soziale Arbeit vor Ort hat die Chancen des Europäischen Jahres nur punktuell genutzt** | Die Praktikerinnen und Praktiker in der Sozialen Arbeit brauchen kein Europäisches Jahr, um zu wissen, dass die Armut im ganzen Land wächst, denn sie werden täglich in allen ihren Arbeitsgebieten mit Armut konfrontiert. Sie begegnen der Ohnmacht derer, die nicht wissen, wie sie ihre Stromrechnung bezahlen sollen, die auf Ämtern herablassend behandelt werden, die darunter leiden, wie das Fernsehen Vorurteile gegen sie schürt. Sie bemühen sich professionell jeden Tag darum, punktuell Ausgrenzung zu überwinden und Teilhabe zu ermöglichen. Sie erleben, wie Politikerinnen und Politiker von Integration und Chancengleichheit reden und wie sich gleichzeitig infolge von Kürzungen im Sozialhaushalt die Rahmenbedingungen Sozialer Arbeit stetig verschlechtern. Desweiteren sinken die Möglichkeiten zu politischem Engagement aufgrund von Arbeitsverdichtung, Refinanzierungsdruck sowie Konkurrenz um öffentliche Ausschreibungen.

So stieß das Europäische Jahr bei vielen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern auf Skepsis. Die ausgeschriebenen Mittel waren vergleichsweise gering, der Eindruck drängte sich auf, dass es sich um eine reine PR-Kampagne handele, die nichts mit der Wirklichkeit der konkreten Sozialen Arbeit vor Ort zu tun hat. Übersehen wurden jedoch zugleich von vielen die Chancen, die in einer solchen Kampagne auch im Blick auf die eigene Arbeit hätten stecken können:

eine Sensibilisierung der regionalen Öffentlichkeit für strukturellen Handlungsbedarf, die Notwendigkeit einer Stärkung professioneller Sozialarbeit, ein Anlass zur Weiterentwicklung der eigenen Arbeit im Sinne einer verstärkten Sozialraumorientierung und Beteiligung, eine Verknüpfung mit der Öffentlichkeitsarbeit für eigene Themen und Projekte und nicht zuletzt ein anwältlicher Beitrag gegen verbreitete und meist unwidersprochen bleibende zynische und diffamierende Schuldzuweisungen und Aburteilungen der von Armut betroffenen Menschen. Die nak muss nun im eigenen Interesse diese Erfahrungen dahingehend auswerten, wie die Basis bei zukünftigen Kampagnen noch effektiver zur Unterstützung gewonnen werden kann.

**Eine gelungene Nutzung** | Abschließend soll nun jedoch auch noch ein positives Beispiel für eine Nutzung der beschriebenen Chancen aus dem Bereich des diakonischen Landesverbandes der Autoren genannt werden. Das regionale Diakonische Werk Darmstadt-Dieburg und der Caritasverband Darmstadt sind seit nahezu 40 Jahren gemeinsam Träger mehrerer erfolgreicher Projekte im Bereich der Gemeinwesenarbeit in Darmstadt. Diese Arbeit sollte evaluiert und fortgeschrieben werden. Darum beantragten die Verbände im Rahmen des Europäischen Jahres 2010 zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung Fördermittel der Europäischen Kommission zur Erstellung einer Handlungsstrategie beziehungsweise Rahmenkonzeption für Gemeinwesenarbeit in Darmstadt. Dieses Projekt wurde aus über 800 eingegangenen Anträgen als eines von bundesweit 40 ausgewählt. Die Rahmenkonzeption wurde daraufhin auf der Grundlage einer breit aufgestellten Beteiligung entwickelt. Wichtige Ergebnisse waren unter anderem, dass auf der lokalen Ebene eng und achtsam zusammengearbeitet werden muss, um den sozialen Zusammenhalt der Stadtteile zu stärken, dass es Kräfte geben muss, die diese Beteiligung organisieren und die Wege für bedarfsgerechte Umsetzungen ebnen und dass es einer gesamtstädtischen Strategie bedarf, um ungewünschte Verlagerungen von Problemkonstellationen zu vermeiden. Das Konzept versteht sich als Grundlegung für ein sozialräumliches Fachkonzept und begreift Gemeinwesenarbeit als Teil einer kommunalen Strategie zur Überwindung sozialräumlicher Armutsdimensionen und Ausgrenzung in Darmstadt. Das regionale Diakonische Werk Darmstadt-Dieburg kam auf diesem Weg nicht nur

zur Finanzierung eines Konzepts, zu dem sich die städtische Sozialpolitik heute offen bekennt, sondern es konnte insgesamt seine armutspolitischen Anliegen im Kontext der Öffentlichkeitsarbeit zum Europäischen Jahr wirksam platzieren.

**Dr. Alexander Dietz** ist Privatdozent für Systematische Theologie an der Universität Heidelberg und Referent für Ethik, Sozialpolitik und Gemeinwesenarbeit im Diakonischen Werk in Hessen und Nassau (DWHN), Ederstraße 12, 60486 Frankfurt am Main, E-Mail: alexander.dietz@dwhn.de

**Dr. Wolfgang Gern** war von 2007 bis 2011 Sprecher der Nationalen Armutskonferenz und ist Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks in Hessen und Nassau (DWHN), Ederstraße 12, 60486 Frankfurt am Main, E-Mail: wolfgang.gern@dwhn.de

## Literatur

**Gern**, Wolfgang: Pressemitteilung der nak vom 1.12.2010. In: <http://www.nationale-armutskonferenz.de> (Abruf am 20.7.2011)

**Hanesch**, Walter: Deutschland verabschiedet sich vom Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Stellungnahme der nak vom 31.5.2011 zum deutschen Nationalen Reformprogramm im Rahmen der Strategie Europa 2020. In: <http://www.nationale-armutskonferenz.de> (Abruf am 20.7.2011)

**nak**: Berliner Erklärung der nak zur Armutssituation in Deutschland zur Fokuswoche im Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung vom 23.6.2010a. In: <http://www.nationale-armutskonferenz.de> (Abruf am 20.7.2011)

**nak**: Brief der nak an Ministerin Dr. Ursula von der Leyen vom 17.12.2010b. In: <http://www.nationale-armutskonferenz.de> (Abruf am 20.7.2011)